Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
[illegible]
Anfragen nehmen sämmtliche namhafte Vermittlungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52 000 Stück. Dresden, 1891.

Mollige Schlafröcke
beim **Schlafrock-Meyer,** Frauenstr. **8 u. 10.**

Julius Beutler
Dresden
Pfarrstraße 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen
und
Herde,
Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Smyrna-Knüpfarbeiten.
Die Grösse des Umsatzes in diesen beliebten Handarbeiten ermöglicht mir ganz **erhebliche Preisermässigungen,** so dass ich in der Lage bin, im Vergleich zu den mit grosser Reclame von auswärts angepriesenen, dazu minderwerthigen Knüpfarbeiten, **etwas Billigeres** und **Besseres** zu liefern.
C. Hesse, Königl. Hofl., **Altmarkt.**

Kerzenkronleuchter
Petroleum-Lampen
empfiehlt
Julius Schädlich
Am See 10.

Ed. Pachtmann, Pragerstr. 11
Königl. Sächs. Hoflieferant.
Anfertigung von Ehrengeschenken
als: **Pracht-Albums** mit Stickereien, **Mappen mit Diplome,** zu Jubiläen nach besondern Zeichnungen, **Wappen, Namenszüge** etc. in sorgfältigster Ausführung.

Fabrik-Lager von **Gummischuhen** bei **Moritz Hartung,** Altmarkt 13 u. Hauptstr.

Nr. 330. Spiegel: Bankschwindeleien. Judenfrage und Conservative. Handwerkerinteressenvertretung. Hofnachrichten. Ministersoirée. Ovation der Bürgerschaft. Beglückwünschungs-Deputationen. Gerichtsverhandlungen. Zentfeier im Schauspielhaus. | **Donnerstag, 26. November.**

Politisches.

Eine ganz erstaunliche Nachricht taucht plötzlich in einer großen Berliner Zeitung auf. Wiederholt war geleugnet worden, daß hohe Herrschaften bedeutende Depots in den schmählich zusammengebrochenen Bankhäusern Hirschfeld u. Wolff und Gebr. Sommerfeld liegen hatten. Jenes Berliner Blatt bestätigt diese Nachricht, jedoch mit dem Hinzufügen, daß dieselben, bevor der Krach eintrat, rechtzeitig durch einen bestimmten Bankier gewarnt, ihr Geld zurückzogen. Es ist klar, daß sich in unabhängigen Organen hieran sehr lebhafte Erörterungen schließen werden, es ist aber jetzt doppelt wünschenswerth, daß von zuständiger Seite ein Dementi gegenüber der von der „Germania" veröffentlichten Liste der Spekulanten gebracht wird, zumal sich auf derselben bekanntlich auch solche Männer befinden, die durch eine etwaige Theilnahme an Börsenspekulationen das Vertrauen in die höchsten Kreise noch weit stärker erschüttern würden, als dies selbst durch den Prozeß Manché der Fall war. Die Moral aber, welche sich bei Bestätigung der erstgedachten Meldung äußern würde und die darin gipfelt, daß man den kleinen Leuten die Haare aus dem Kopfe reißt, die einflußreichen Herren jedoch hätschelt und streichelt, bedarf keines Kommentars. Erwähnt sei hierzu nur, daß das offiziöse Organ der Herren von Caprivi und Miquel die Schuld an den Zusammenbrüchen auf — die Zustände in Südamerika zurückführt und die Hineingefallenen der Dummheit und Leichtgläubigkeit zeiht. So klug wie Mancher ist eben Mancher nicht! Beispielsweise auch nicht so klug wie Herr Pinkus, Schwiegervater der edlen Sommerfelds. Der Herr Commerzienrath, unser zukünftiger Mitbürger, dessen Vermögen auf 62 Millionen geschätzt wird, antwortete einem Dresdner, der ihn ersuchte, wenigstens einen Theil des von ihm durch seine Schwiegersöhne geraubten Geldes zu ersetzen, mit großer Kaltblütigkeit: „Sie sind doch todt, und da soll ich auch noch zahlen?"

Es beginnt übrigens an verschiedenen Stellen ganz gehörig zu tagen, mag auch die Reichsregierung ihre Augen noch so fest verschließen. Die schlesischen Konservativen haben in der Judenfrage überaus scharfe Beschlüsse gefaßt und sogar eine Bestimmung in ihr Programm aufgenommen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Bestimmungen über die Emanzipation unserer israelitischen Mitbürger, welche bekanntlich die einzige Frucht des auf den Barrikaden von 1848 vergossenen deutschen Blutes bildet, wieder aufgehoben werden sollen. Das Hauptorgan dieser Partei in unserer östlichen Nachbarprovinz, die „Schles. Ztg.", hat folgerichtig eine bedeutsame Schwenkung unternommen, welche stark nach einer gewissen Fronde gegen das jetzt beliebte Regierungssystem schmeckt. Die sächsischen Konservativen haben in der Sitzung vom letzten Mittwoch sich ganz energisch zu einer ähnlichen Auffassung bekannt. Jetzt veröffentlicht die „Kreuzztg." ein neues Programm für die konservative Partei, in welchem der organische Wiederaufbau der christlichen Gesellschaft auf korporativer Grundlage als Ziel hingestellt und der Kampf gegen die im Judenthum verkörperten antisozialen Elemente gefordert wird. Es wird in diesem Programmentwurf ganz richtig geurtheilt, daß die Aufgabe der staatserhaltenden Parteien über die Bekämpfung des insonderheit Jüdischen weit hinausrage, daß sie alle schädlichen Folgen und Nebenwirkungen mit umfassen müsse, welche das Ueberwuchern jenes Elementes auf unserem christlich-germanischen Daseinsgrunde mit sich bringt und nach sich zieht. Ganz richtig, nur etwas verschwommen. Die Auswüchse sterben von selbst ab, wenn die Wurzel durchschnitten wird. Solche Auswüchse liegen u. A. in der Abwendung eines Theiles der höheren Kreise von dem soliden Erwerb und in ihrem Untertauchen in die Fluth der Spekulation, ob dieselbe nun im „Fixen" oder in der Heirath irgend einer Schönen aus den zwölf Stämmen besteht; solche Auswüchse liegen vor in der Gestaltung unserer modernen Kunst und Litteratur, unseres Theaterwesens, unseres undeutschen bürgerlichen Rechts und auf tausend anderen Gebieten. Daß das Handwerk mit am schwersten dabei betroffen ist, ist kein Geheimniß; um so bedauerlicher ist es, wenn seine berechtigten Forderungen in Berlin abermals taube Ohren finden. Die „Freis. Ztg." überschreibt ihren gestrigen Leitartikel mit dem Triumphgeschrei des Indianers: „Eine Niederlage der Zünftler!"

„Ein Todesurtheil mit Rosen bekränzt", so jubilirt Herr Richter und er hat Recht. Herr von Bötticher, der seit der Entlassung des Fürsten Bismarck auch noch nicht einen einzigen glücklichen Tag hatte, hat, nach Art eines Trinkspruches, allerlei schöne Redensarten gemacht, doch — vergebens sprach er viel, um zu versagen, der Andere hört von Allem nur das Nein! Er stellte zwar die gesetzliche Organisirung einer Interessenvertretung der Handwerker in nebelblauer Aussicht, doch verhielt er sich zu dem Verlangen nach obligatorischen Innungen und Befähigungsnachweis kühl bis an's Herz hinan. Der Abg. Metzner, einer der wenigen Handwerker im Reichstage, bezeichnete den vorgestrigen Tag als „einen Trauertag für den Handwerkerstand", und wenn er in rühmenswerther Loyalität hinzusetzte: „Der deutsche Handwerkerstand wird trotzdem auch fernerhin treu zu Reich und Thron stehen", so klingt daraus etwas Aehnliches, wie aus dem Todesgruß der Gladiatoren: Morituri te salutant, Caesar — „Noch im Tode grüßen wir Dich, Kaiser". Bekanntlich ist der Antrag Ackermann auf Einführung des Befähigungsnachweises vom Reichstage mit Majorität angenommen, ferner hat der Reichstag einen Entwurf acceptirt, daß jede Innung Corporationsrechte erhalten solle, aber diese Beschlüsse sind in den Papierkörben des Bundesrathes geblieben. Liegt es nun, wo die wichtigsten Forderungen einfach unberücksichtigt bleiben, so ungemein fern, der Erfüllung der dürftigen Versprechungen mit größtem Mißtrauen entgegen zu sehen? Handwerkerkammern sind ja nun in Aussicht gestellt, aber selbst wenn sie einmal in's Leben treten sollten, so ist hiermit doch nur ein Umriß, nicht aber ein wirklicher Inhalt gegeben. Es macht diese ganze Verheißung den Eindruck, als wenn Verhungernden ein Brocken hingeworfen wird, denn selbst bei dem größten Optimismus wird man aus dem Maß der Befugnisse, welche beispielsweise den Gewerbekammern in Preußen zustehen, nicht gerade auf eine allzugroße Machtfülle der zukünftigen Handwerkerkammern schließen dürfen. Man wird sie einführen und ihre Rechte derartig verkürzen, daß sie jede Bedeutung verlieren; wenn aber die Handwerker ihre altberechtigten Forderungen wieder stellen, so wird man ihnen sagen: Ihr habt ja Hobel und Pfrieme, Arbeiterkammern so hehr, ihr habt auch die schönsten Augen, sag Liebchen, was willst Du noch mehr?

Vortrefflich hat der sächsische Abgeordnete Hartmann die Lage des Handwerkes geschildert: „Es ist sehr an der Zeit, daß gegenwärtig an denjenigen Stand gedacht wird, an welchen in den 10 Jahren gerade am allerwenigsten gedacht worden ist, d. h. man hat schon an ihn gedacht, als es galt, ihm wesentlich zu Gunsten des Arbeiterstandes Lasten aufzuerlegen. Wir haben in diesen zehn Jahren auf den breiten Rücken des Handwerkerstandes Last auf Last geladen, und es sah so aus, als ob das in alle Ewigkeit so fort gehen sollte, und wir haben uns wahrlich nicht genügend bemüht, ihn zu stützen, daß er die schweren Lasten auch tragen kann. Der deutsche Handwerkerstand ist heute zwar immer noch einer der tragfähigsten Pfeiler des Staates, aber es kann auch dazu kommen, daß man seine Kräfte überspannt und ihm schließlich das Rückgrat bricht. Dahin soll man es nicht kommen lassen". Das sind goldene Worte; mögen aus ihnen andere und weitergehende Folgerungen gezogen werden, als es Herr von Bötticher that und mögen den Worten nun alsbald energische Thaten folgen!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. November.

Berlin. Reichstag. Die 2. Berathung der Krankenkassennovelle wird bei § 21 fortgesetzt, welcher die neue Bestimmung enthält, daß der Wegfall der 3tägigen Karenzzeit und Gewährung von Krankengeld an Sonn- und Festtagen zulässig sein soll, wenn die Vertretung der Arbeitgeber und der Versicherten dies beschließt, ferner Bestimmungen, wonach für Reconvalescenten auf die Dauer eines Jahres Fürsorge getroffen werden und wonach die Wöchnerinnenunterstützung auf 6 Wochen ausgedehnt werden kann. Die Kommission hat bei der ersteren Bestimmung hinzugefügt: „sofern der Betrag des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds erreicht ist." Dagegen hat die Kommission die Einschränkung gestrichen, daß die Aufhebung einer Karenzzeit nur erfolgen kann, wenn dies sowohl von der Vertretung der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber, als auch von derjenigen der Versicherten beschlossen wird. — Abg. Möller (nat.-lib.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Es sei weniger Gewicht auf den Wegfall der drei Karenztage, als auf die Leistungsfähigkeit der Kassen zu legen. — Abg. Hitze (Centr.) beantragt dagegen, daß die Aufhebung der drei Karenztage sowohl erfolgen kann, wenn die Vertreter der beitragspflichtigen Arbeitgeber und der Versicherten dies beschließen, als auch wenn der Betrag des vorgeschriebenen Reservefonds erreicht ist. — Abg. Dr. Höffel (Reichsp.) beantragt, die Karenzzeit nur den Personen gegenüber aufzuheben, deren Krankheit länger als vier Wochen dauert. — Staatssekretär v. Bötticher hat gegen den Antrag Hitze kein Bedenken, kann aber die von Höffel vorgeschlagene Beschränkung nicht empfehlen. — Abg. Graf Schulenburg (Centr.) tritt für die Regierungsvorlage, Dr. Hirsch (freis.) für die Kommissionsbeschlüsse ein. Letzterer führt aus, daß eine allgemeine Beseitigung der dreitägigen Karenzzeit undurchführbar sei, daß man aber den Kassen, welche sie aufzuheben in der Lage seien, dies nicht erschweren solle; nur müßten finanzielle Garantien vorhanden sein, wie sie die Erfüllung des Betrags des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds biete. — Geh. Rath Woedtke erwidert, es gebe eine Anzahl Kassen, die den Reservefonds noch nicht erfüllt hätten, und die doch leistungsfähig genug wären, um die Karenzzeit aufzuheben. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) beantragt, die Mehrleistung von Krankengeld ohne Mehrleistung von Steuern auf eine bestimmte Zeit zuzulassen. Schließlich wird § 21 mit dem Antrag Hitze angenommen. § 26a bestimmt u. A., daß Kassenmitgliedern, die anderweit versichert sind, das Krankengeld soweit gekürzt werden kann, als dasselbe aus dem anderweit bezogenen Kassengelde den Betrag des Tagelohnes übersteigt. Ferner soll durch das Kassenstatut bestimmt werden können, daß Mitglieder, welche sich ihre Erkrankung durch Theilnahme an Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder Ausschweifungen zugezogen haben, das Krankengeld ganz oder theilweise verlieren, und daß die Mitglieder an bestimmte Anstalten, Aerzte und Apotheken gewiesen werden können. — Abg. Grillenberger (Soz.) beantragt Streichung dieser Bestimmungen. Es sei ungerecht, den Leuten, die ihre Beiträge zahlen müßten, unter solchen Vorwänden das Krankengeld zu entziehen. Die meisten gewerblichen Arbeiter seien in mehreren Kassen versichert, weil das gesetzliche Krankengeld zu niedrig sei. Weiter beantragt er, die Bestimmung der Vorlage, wonach für eine längere als 13wöchige Krankheit innerhalb eines Jahres nur noch die gesetzliche Mindestleistung gewährt zu werden braucht, dahin zu ändern, daß diese Mindestleistung erst zulässig ist, wenn das Mitglied das Krankengeld innerhalb zweier Jahre für 52 Wochen erhalten hat. Die Kassen könnten das sehr wohl leisten, nöthigenfalls könnten sie die Beiträge um ein Geringes erhöhen. — Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) wendet sich hiergegen. Es dürften den Arbeitern nicht zu hohe Beitragslasten auferlegt werden. — Nachdem sich noch die Abgg. Dr. Gutfleisch (freis.), Graf Schulenburg (kons.) und Möller (nat.-lib.) gegen den Antrag Grillenberger ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt. §§ 27 bis 50 werden im Wesentlichen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. § 51, welcher bestimmt, daß für die Dauer der Krankenunterstützung Beiträge nicht entrichtet zu werden brauchen, wird mit einem Antrag Dieden (Centr.) angenommen, wonach die Beitragspflicht nur im Falle der Erwerbsunfähigkeit erlischt. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser begab sich Vormittags über Wittenberg nach Torgau zur Beiwohnung an der 150jährigen Jubelfeier des dortigen Pionier-Bataillons. In Wittenberg besuchte er die Lutherkirche, die Lutherstube und die Lutherhalle. In Torgau war ein überaus festlicher Empfang bereitet worden. Die Stadt war reich geschmückt. Vereine und Schulen bildeten Spalier. Die Rückkehr erfolgt heute Abend. Morgen begiebt sich der Kaiser einer Einladung des Herzogs von Sachsen-Altenburg entsprechend, nach Schloß Hummelshain b. Kahla, von wo die Rückkehr erst am Sonnabend erfolgt. — Nach der gestrigen Vereidigung der Rekruten der Berliner Garnison soll sich der Kaiser etwa folgendermaßen geäußert haben: Ihr, die Ihr mir soeben den Eid der Treue geschworen habt, werdet in der ersten Zeit oft schweren Dienst haben, aber Ihr werdet auch Momente der Genugthuung haben, wenn Ihr die Kunst, die Ihr erlernt habt, vor meinen Augen vorführt. Euer Lohn wird dann sein, daß ich Euch meinen Beifall bezeuge. Ihr werdet hoffentlich nur im Frieden Gelegenheit haben, Eure Tapferkeit und Euren Muth zu bezeugen. Vielleicht aber stehen auch ernste innere Kämpfe bevor. Der Kaiser kam sodann auf die Gefahren der Hauptstadt zu sprechen. Es erfordere Mannesmuth — sagte er, diese zu überstehen. Der vornehmste Umgang für die Soldaten sei der Soldat, nicht das Civil. — Heute Vormittag stattete der Reichskanzler von Caprivi dem Minister v. Giers einen längeren Besuch ab. v. Giers reist heute Abend nach Petersburg weiter. Die russische Beziehungen unterhaltende „Allgem. Reichs-Korrespondenz" bezeichnet es als die durch die Reise des Herrn v. Giers gewonnene Ueberzeugung, daß die friedlichen Absichten, welche alle Regierungen beseelen, die beste Garantie für den Frieden bieten.

Berlin. Die „Hamb. Nachr." geben folgende Darstellung über die vielbesprochene Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Abg. Windthorst kurz vor der Zeit des Rücktritts des Fürsten. Darnach ist Herr v. Bleichröder die Mittelsperson für diese Unterredung gewesen. Durch ihn ließ Herr Windthorst beim Fürsten Bismarck vertraulich anfragen, ob Letzterer bereit sein werde, ihn zu empfangen. Der erste Eindruck des Reichskanzlers war der der Verwunderung, nicht darüber, daß der Abg. Windthorst ihn zu sprechen wünschte, sondern darüber, daß derselbe betreffs des Empfanges vorher angefragt habe, weil er, der Fürst, sich dienstlich für verpflichtet gehalten habe, jeden Reichstagsabgeordneten als solchen stets zu empfangen. In dem darauf stattgehabten Gespräch, welches etwa 1 bis 1½ Stunde gedauert haben konnte, hatte Fürst Bismarck natürlich das geschäftliche Bedürfniß, zu erfahren, welche Haltung das Centrum in dem damals neugewählten Reichstag annehmen werde, und welches die Ansprüche seien, die dasselbe stellen werde. Der Abg. Windthorst hat sich hierüber klar und präcis dahin ausgesprochen, daß das Centrum die Herstellung des Status quo ante 1870 in allen und jeden Beziehungen erstrebe. Mit dieser Erklärung war für den Fürsten Bismarck das Bedürfniß der Sondirung erschöpft. Im Uebrigen bezo[g sich] die Unterredung der beiden Herren auf die Frage des bev[orst]ehenden Kabinetswechsels, wobei Windthorst dem Fürsten Bism[arc]k zum Verbleiben in seiner Stellung lebhaft zuredete, für den Fall aber, daß der Wechsel dennoch stattfände, dringend empfahl, die Nachfolge einem Militär, also einem General zu übertragen, indem er dabei die Bedenken geltend machte, die gegen eine civilistische Leitung bei der unruhigen Lage der Parteiverhältnisse sprächen. Als Fürst Bismarck auf diesen Gesichtspunkt einging, empfahl Windthorst bei einer Besprechung der Personenfrage in erster Linie General von Caprivi, der sich durch parteilose und sachliche Haltung während seiner Vertretung der Marine im Reichstage auch als Redner das Ansehen erworben habe, mit dem seine Persönlichkeit umgeben sei. Ueberraschend war demnächst für den Reichskanzler nur die Schnelligkeit, mit welcher der Vorgang der Unterredung mit Herrn Windthorst und die Thatsache, daß zur Herbeiführung derselben die Vermittelung des Herrn v. Bleichröder benutzt worden sei, zur Kenntniß weiterer Kreise und namentlich auch der höheren Regionen gelangte, und zwar ohne den Zusatz, daß die Vermittelung nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von Herrn Windthorst nachgesucht worden war.

Breslau. Auf der Bahnlinie Brest-Litewsk-Sosnowice fand infolge falscher Weichenstellung ein Zusammenstoß zwischen einem Güter- und einem Personenzug statt. Mehrere Waggons des Güterzuges geriethen in Brand, sodaß zwei im Packwagen des Güterzuges befindliche Personen des Zugspersonals verbrannten, während zwei Passagiere und ein Bremser durch den Zusammenstoß getödtet wurden. Eine große Anzahl von Personen erlitt Verletzungen.

Graudenz. Der „Gesellige" berichtet von der russischen Grenze, daß die russische Grenz-Garnison bis zum 1. resp. 13. Januar 1892 bedeutend verstärkt und bisher garnisonfreie Grenzorte, wie Wirballen, Wisztyten, Wladislawo, Garden und Tauroggen mit russischem Militär belegt werden sollen. Die an die Grenze gelegten Truppen sind hauptsächlich Kosaken und asiatische Völkerschaften.

München. Das Abgeordnetenhaus nahm nach längerer lebhafter Debatte mit 77 gegen 62 Stimmen den präjudicirten Artikel der Novelle zum Heimaths- und Verehelichungsgesetz an, wonach eine geschlossene Ehe auch ohne Erlaubniß und Zeugniß der Heimathsgemeinde vor dem Gesetz giltig sein soll, ebenso die Artikel, wonach ein voreheliches Kind der Mutter die Heimath derselben besitzt und wonach das Gesetz rückwirkende Kraft haben soll.

Wien. Der Bericht des Budget-Ausschusses der Reichsraths-Delegation giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gefahr eines von Niemand gewünschten Krieges dauernd beseitigt sei. Zum Schluß wird das volle Vertrauen des Ausschusses zu den weiteren Ausführungen des Grafen Kalnoky ausgedrückt.

Pest. Die Enquete-Kommission in Angelegenheit der Strafgesetz-Novelle beschloß die Aufnahme eines Paragraphen, wonach Derjenige, der an der Börse oder auf offenem Markte unwahre Nachrichten verbreitet, um dadurch ein Steigen oder Sinken der Preise zu bewirken, sich eines Verbrechens schuldig macht, das mit Geld- und Freiheitsstrafe zu ahnden ist.

London. Bei dem Erdbeben, welches Japan am 28. Okt. heimgesucht hat, wurden die Erschütterungen in 31 Provinzen verspürt. Eine an der Tokaido-Eisenbahn gelegene Stadt mit 15,000 Einwohnern ist fast gänzlich zerstört. 3500 von 4400 Häusern sind eingestürzt oder verbrannt, 747 Personen sind umgekommen. In Kano sind 100 Personen, in Ogaki 700 Personen getödtet und 1300 verletzt. In den Bezirken Aichi und Gifu sind 42,000 Häuser zerstört, 4000 Personen getödtet und 4000 verletzt; 200,000 Personen sind obdachlos. Das Erdbeben hat am 28. Okt. begonnen und bis zum 5. Nov. angedauert. Die Zahl der Erdstöße hat 600 betragen. Seit 1885 ist keine derartige Katastrophe vorgekommen.

Petersburg. Bei der Katastrophe auf der Orel-Gerbasi-Eisenbahn sind etwa 30 Personen um's Leben gekommen.

Peking. Im Bezirke Gehol (östliche Mongolei) ist ein von geheimen Gesellschaften unterhaltener Aufstand ausgebrochen, wobei ein belgischer Priester und mehrere andere Christen getödtet wurden. Der Tschungli-Yamen beschloß, den überrumpelten Behörden von Gehol Verstärkungen zu senden.

Shanghai. Das Standrecht in Wutschang ist proklamirt. Tag und Nacht sind Posten bei den Missionshäusern aufgestellt, die Thore der Stadt werden streng bewacht, und die Polizei der verschiedenen Distrikte ist für die Führung aller ihr unterstellten Personen und für die in ihren Distrikten verübten Verbrechen verantwortlich gemacht.

Die Berliner Börse war Anfangs auf Deckungen vorwiegend fest. Die leitenden Banken stellten sich durchweg etwas besser, ebenso deutsche Bahnen, während österreichische Bahnen von Wien aus durch Prolongations-Schwierigkeiten ungünstig beeinflußt waren. Nur Lombarden, für die sich starker Stückemangel zeigte, zogen ca. 1½ Proz. an. Von Bergwerken eröffneten Bochumer und Laurahütte etwas höher, während Dortmunder und eine An-

Pfund's berühmte Kindermilch. Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.